

Mitteilung für den HWBA

Städtebündnis „Sichere Häfen“
Austausch mit dem Bundesinnenministerium (BMI)

Im Juli 2021 hatten sich zehn Städte, darunter Bielefeld, stellvertretend für das Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ mit einem Schreiben an das BMI gewandt. Darin wurde die Aufnahmebereitschaft der Städte thematisiert, verbunden mit dem Wunsch, den Dialog mit dem BMI fortzusetzen und weitere Schritte zu erörtern.

Das BMI hat hierauf nun geantwortet und sich für die Aufnahmebereitschaft bedankt. Inhaltlich wird jedoch im Wesentlichen auf bereits erfolgte Maßnahmen verwiesen. So hat die Bundesrepublik seit 2018 in 1.314 Fällen gegenüber Malta und Italien eine Bereitschaft signalisiert, aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen. Darüber hinaus sind auch Menschen aus Auffanglagern an den europäischen Außengrenzen (Stichwort „Moria“) aufgenommen worden. Hier hat Deutschland rund 2.800 Menschen aufgenommen; die übrigen EU-Staaten sowie Norwegen und die Schweiz dagegen zum Vergleich nur rund 1.500 Personen insgesamt.

Das BMI sieht die Aufnahmeverpflichtung derzeit eher als erfüllt an und signalisiert zwar Dialogbereitschaft, zeigt aber Grenzen der Bereitschaft deutlich auf. Man setze vorrangig auf eine gesamteuropäische Lösung sowie Hilfen vor Ort.

Bielefeld steht aktuell noch bei seinem Ratsbeschluss vom 05. März 2020, insgesamt weitere 100 Personen (davon 10 unbegleitete Minderjährige) aufzunehmen (Drucksachen-Nr. 10268/2014-2020).

Seit diesem Beschluss konnten keine Aufnahmen auf Grundlage der Absichtserklärung realisiert werden. Zuvor konnten im Dezember 2018 acht unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus einem Flüchtlingscamp in Malta aufgenommen werden. Die Jugendlichen waren damals zwischen 13 und 17 Jahren alt und kamen aus den Herkunftsländern Somalia, Eritrea und Pakistan.

Das Antwortschreiben des BMI wurde in der Runde der Länderkoordinator*innen einer ersten Bewertung zugeführt. Das Bündnis will den Dialog unbedingt fortsetzen, da die Rückmeldung zwar inhaltlich soweit unstrittig richtig ist, jedoch nicht im Detail auf bereits konkretisierte Fragen des Bündnisses eingeht. Dazu gehört neben den Möglichkeiten für neue Aufnahmeprogramme auch eine Modifikation bestehender Programme, die noch gar nicht ausgeschöpft werden. Auch wird dem Aspekt, dass dem Begehren ein durch landesweite Ratsbeschlüsse legitimierter mehrheitlicher Wille der Bevölkerung zu Grunde liegt, kaum Rechnung getragen.

Dies kann aus Sicht des Bündnisses besser auf persönlicher Ebene erörtert werden als mit Schriftgut. Eine Fortsetzung des Dialogs wird realistisch erst in einige Wochen möglich sein, wenn die neue Regierungsbildung abgeschlossen ist. Bielefeld wird sich hier weiterhin führend im Sinne des Bündnisses einbringen.